

**ation.** 1-3  
**Juli 1868** werden im  
 egen Plage aus dem Nach-  
 terwitwe Anna Maing  
 und Küchengeräthschaften,  
 ann Wäsche, Kleider, Bett-  
 uneingeheilte Gegenstände  
 Waarzahlung veräußert.  
 hendes  
**elthenk**  
 in sich  
**S-Loße,**  
 inde Haupttreffer von  
**20,000** haben  
 los gezogen werden muß.  
 ferner durch ihre elegante  
 erch hypothekariße Sicher-

**Die**  
**Meerscham-**  
**Waaren-Fabriks-**  
**Niederlage**  
 von  
**K. Kober in Wien,**  
**Kärntnerstraße 34,**  
 on edsten Meerscham-Tabak-  
 . von fl. 1 bis fl. 8; die mit  
 fl. 25; edste Meerscham-  
 schmelze von 10 fr. bis fl. 1;  
 mit feiner Schokolade, im Glas,  
 abzugeben in allen Formen von  
 Däner und echt türkischen  
 Witten oder Tuten von fl. 1  
 Reichelrohr, Sigmundite und  
 e angestrichelt von fl. 1.50 bis  
 ein Portrait von Deak, sein in  
 auch erhält, wenn die Pfeife  
 m. ver. Stück fl. 2.50. Alpacca-  
 zack fl. 1.50. Aufträge aus den  
 chine prompt effectuirt. Preis-  
 nco eingekendet. 5-12

**mit Erlaß vom**  
**Einem die Auf-**  
**an die Entgegen-**

**rath,**  
**sitzer.**

**Erscheint**  
 mit Ausnahme des  
 Sonntags täglich. Kostet  
 für das halbe Jahr 6 fl.,  
 das Vierteljahr 3 fl., ein  
 Monat 1 fl.  
 Mit  
**Postverendung:**  
 Im Inland:  
 halbjährig 8 fl., viertel-  
 jährig 4 fl. 23.  
 Im Ausland:  
 vierteljährig 5 fl.  
 Redacteur  
 Th. St einhausen.

# Sermannstädter Zeitung

vereinigt mit dem

# Siebenbürger Boten.

**Inserate**  
 aller Art werden in der  
 Steinhaufen'schen Buch-  
 druckerei angenommen; für  
 Wien belegen dieselben die  
 Annoncen-Bureau Alois Op-  
 pelik, Wollzeile 22, u. Haas-  
 sonstein & Vogler für Aus-  
 land: Haasensteind & Vogler  
 in Berlin, Hamburg, Kranz-  
 jurt a. M., Hotel u. Paris.  
 Das einmalige Einrüden  
 einer einseitigen Gar-  
 mentenzeile kostet 7 kr., das  
 2. Mal 6 kr., das 3. Mal  
 5 kr., 4. Mal 4 kr., 5. Mal  
 3 kr., 6. Mal 2 kr., 7. Mal  
 1 kr. 30 H. 10. 11.  
 Eigentümer u. Verleger:  
 Th. Steinhausen.

filial: Abonnements-Bureaus: In Mediasch bei Herrn Joh. Hedrich; in Schäßburg bei Herrn C. J. Habersang, Buchbändler; in Szasz-Regen bei Herrn J. G. Kinn, Kaufmann; in Broos bei Herrn J. F. Leonhard, Kaufmann; in Mühlfeld bei Herrn J. Leonhard, Kaufmann; in M. Nasarhely bei Herrn J. Wittich's Buchhandlung; in Klausenburg bei Herrn J. Zein, Buchbändler; in Wisritz bei Herrn C. Schnell, Lehrer, wofelbst die Abonnements-Verträge franco erbeten werden.

**Nr. 167.** **Sermannstadt, Mittwoch am 15. Juli** **1868**

**Einladung zur Prämumeration**  
**vom 15. Juli bis Ende August.**  
 in loco: 1 fl. 50 fr. | mit Postverendung für Auswärtige 2 fl.  
**vom 15. Juli bis Ende September.**  
 2 fl. 50 fr. | 3 fl. 34 fr.  
 Sermannstadt, 15. Juli 1868.  
 Redaktion und Verlag.

**Telegramme**  
 der  
 „Sermannstädter Zeitung v. m. d. Siebenbürger Boten.“

**Wien, 14. Juli.** Gestern wurde Minister Giskra an Stelle des verstorbenen Mühlfeld zum Abgeordneten von Wien gewählt.  
**Belgrad, 14. Juli.** Das hiesige Stadtgericht fordert den Fürsten Alexander Karagorgiewics auf, bis zum 21. d. M. zu erscheinen, widrigenfalls derselbe wegen Mitschuld an der Mordverschöwrung in Contumaciam verurtheilt wird.

**Amtliches.**  
 (Namenveränderung. Der Soót-Szölözer Lehrer aus dem Neutraer Komitat, Franz Zajacsek in „Szegnyögyi.“

**Politische Uebersicht.**  
 Wien, 11. Juli. Die Nachricht, daß außer der zeitweisen Beurlaubung von Soldaten für Gente-Arbeiten noch eine Armeereduktion angeordnet worden, erweist sich als Irrthum. Der Kriegsminister könne, wie heute aufklärend bemerkt wird, in keinem Falle unter den bereits bewilligten Friedensstand herabgehen. Daß er mit dieser Maßregel angeblich vier Millionen, mit welchen sein normirtes Budget überschritten worden wäre, berechnungen will, sei eine Fabel, denn da außer dem Brucker Lager in diesem Herbst noch mehrfache halbrigadeweiße Konzentrationen der in den ungarischen Stationen isolirten Garnisonen, in Klausenburg, Erlau u. s. w. vorgenommen und diese Truppen-Concentrationen mit mehrfachen Auslagen verbunden sein werden, so müssen die Fonds des Kriegsministers noch immer nicht so erschöpft sein, daß er sich zu dieser, die Schlagfertigkeit des Heeres wesentlich beeinträchtigenden Maßregel gezwungen sehen würde. Die Kettefen im Dienste sind ja noch kaum zwei Jahre unter den Fahnen und müssen im Herbst nach beendeter Rekrutierung ohnedies beurlaubt werden; der gegenwärtige Präsenzstand der Infanterie (70 Gemeine per Kompagnie bei den drei ersten Feldbataillonen, bei den Depotkompagnien gar nur 20 Gemeine) sei ein so geringer, daß, namentlich bei größerem Garisonensdienste, aus zwei, ja oft drei Kompagnien eine einzige formirt werden muß, um die neuen Reglements einüben zu können; um nun auch endlich im Bataillon und im Regimente gründlichere Uebungen vornehmen zu können, wurden für den Monat September die früher erwähnten halbrigadeweißen Concentrationen angeordnet.  
 — Das ungarische Ministerium des Innern hat gestern, wie der „P. Lloyd“ mittheilt, den Bester Magistrat in Kenntniß gesetzt, daß zur Untersuchung und Verurtheilung jener Personen, welche von der serbischen Regierung als Theilnehmer an dem Komplote gegen den ermordeten Fürsten Michael Obrenovich bezeichnet und in Ungarn verhaftet worden, das Bester städtische Gericht delegirt wurde. Die Untersuchung gegen die Betroffenen wird auf Grund der von der serbischen Regierung eingekindeten Dokumente geführt. Dem Ministerial-Erlaß waren gleichzeitig für den Gebrauch des Stadtgerichtes mehrere Briefe der hier bereits verhafteten Serben Stankeowich und Trifkowich beigegeben, welche dieselben an das Haupt der Verschöwrung, an Radovanowich in Belgrad gerichtet hatten und aus welchen ihre Mitwisserschaft an dem Mordelnde des Fürsten hervorgeht; die erwähnten Briefe sind sämmtlich schwarz gestiegelt. Bei dieser Gelegenheit sei noch erwähnt, daß die Nachricht, als stände der gegenwärtig in Pest weilende Fürst Alexander Karagorgiewich unter polizeilicher Ueberwachung, jeder Begründung entbehrt.  
 — Zur Unterredung des Herrn von Beust mit Palacky und Kieger bemerkt die Bismarck'sche „Weser Zeitung“:  
 Jedenfalls ist es ein pitantes Schauspiel, wenn der erste Minister eines Reiches vertraulich und höflich mit Parteiführern, welche aus des Reichs Zertrümmerung speculiren und das ganz offen eingestehen, über die Wahrscheinlichkeiten dieser Zertrümmerung und deren mutmaßliche Folgen sich unterhält. Unter dem Fürsten Metternich würden die Herren Palacky und Dr. Kieger zweifelsohne auf den Spielberg abgeführt worden sein, wenn sie solche Ansichten geäußert hätten, wie diejenigen, über welche Herr v. Beust neulich so gutmüthlich mit ihnen geplaudert hat. Die Toleranz, welche der Reichskanzler in diesem Falle gezeigt hat, ist ein Beweis, daß die Redefreiheit in Oesterreich außerordentliche Fortschritte gemacht hat, oder daß die Regierung sich nicht stark genug fühlt, um gewisse landesverrätherische Tendenzen anders als mit spitzen Fingern anzufassen.  
 — Die Gerüchte von einer Zusammenkunft der drei Monarchen von Rußland, Preußen und Frankreich wollen nicht verstummen. General Mörder — welsch ein ominöser Name! — reißt nächster Tage von Berlin nach

Paris, um dort eine Botschaft des Czars auszurichten und, wie man glaubt, die Einladung zu einem Rendezvous zu überbringen. Einwilligen wird der König von Preußen, wenn er nach Ems geht, in nächster Nähe — in Schlangenbad — die Großfürstin Marie, die Wittiv des Herzogs von Leuchtenberg haben, welche, wie die meisten der älteren Damen des russischen Hauses, in Diplomatie dilettiren.  
 — Aus Darmstadt wird gemeldet, es sei dahin die Mittheilung gelangt, daß die russische Kaiserfamilie am nächsten Sonntage Petersburg verlassen werde, um sich über Warschau nach Deutschland zu begeben; der Kaiser und die Kaiserin werden sich direct nach Kissingen verfügen, die Großfürstin Maria aber sich zu Schweinfurt von ihnen trennen, um nach Schwabach weiter zu reisen. Der Kaiser beabsichtigt, während des Aufenthalts seiner Tochter in Schwabach sich zu deren Besuch auf einige Tage dorthin zu begeben.  
 — Die württembergischen Wahlen sind beendet. Ihr Ergebnis ist ein ziemlich vollständiger Sieg der Volks- und Regierungspartei, die sich zwar in einigen Wahlbezirken bekämpften, vielfach aber auch gegen die „National-Liberalen“ zusammengingen. Die Regieren haben nur wenige Leute durchgebracht. In Weilm, wo man diesen Wahlen mit großer Spannung entgegen sah, wird man von dem Ausfalle derselben wenig erbaut sein. Und doch muß man sich dort sagen, daß er vorauszusehen war. Der deutsche Süden hat ein starkes Freiheitsgefühl, Preußen aber bietet nicht einmal eine Hand voll Freiheit. Dem famosen Urtheile wider den Grafen Platen reißt sich die vom Berliner Kammergerichte angeordnete definitive Schließung des allgemeinen deutschen Arbeitervereins würdig an. Wird sie vom Ober-Tribunal bestätigt, so ist es in Preußen nicht mehr möglich, große Vereine mit gemeinsamen Zielen zu bilden. In solcher Art macht es die preussische Regierung der Einheitspartei im Süden rein unmöglich, Siege bei den Wahlen zu erringen. Der württembergische Minister von Mittnacht hat in seiner jüngsten, nun auch vom württembergischen „Staatsanzeiger“ veröffentlichten Rede sehr richtig die Alternative gestellt: „Entweder kommt es rasch zum Einheitsstaate oder der Norden muß dem Süden ein wahres Bundesverhältnis proponiren. Warten wir ab.“  
 — Graf Bismarck soll sich in seinen Ferien mit Fragen von der höchsten Wichtigkeit beschäftigen. Die „Correspondance du Nord-Est“ behauptet, er arbeite dahin, Preußen in der orientalischen Frage von Rußland zu trennen. So unzuverlässig sonst die genannte Korrespondenz ist, diesmal könnte sie Recht haben, denn mehrfache Anzeichen deuten darauf hin, daß Graf Bismarck die Entente cordiale mit Rußland lösen will.  
 — Im gesetzgebenden Körper zu Paris hielt Jules Favre am 8. d. eine zweite Rede zu Gunsten des Friedens. Er war so boshaft, als Beslege für seine Anschauungen den Brief des Kaisers Napoleon an Cavaletto vom Jahre 1859 und einen verarbeiteten Monteur-Artikel aus derselben Zeit vorzulesen, worin es hieß: „Die französische Regierung kennt nicht zweierlei Maß und Gewicht. Was sie in Italien zur Achtung bringen will (das Nationalitätsprinzip nämlich) wird sie in Deutschland zu achten wissen.“ Daran anknüpfend sagte Favre: „Aus diesen beiden Dokumenten ergibt sich mit unwiderstehlicher Gewalt die Lehre, daß es eine schuldvolle Thorheit wäre, daß wir die ganze germanische Race gegen uns aufzubringen würden, wenn wir uns den Plänen und den Geschicken Deutschlands entgegenstellen wollten. Wir würden, wie Fürst Lacour d'Arvergne sehr richtig zu Lord J. Russell bemerkte, einen Krieg unternehmen, der die Geißel Europa's wäre und es mit blutigen Schutthaufen anfüllen würde. Darum dürfen wir an eine solche Politik nicht denken.“  
 — Der „International“ — eine bekanntlich unlautere Quelle — meldet, die römische Frage habe eine Konferenz zwischen dem Kaiser und Herrn v. Moustier notwendig gemacht, in Folge von Erörterungen, die zwischen dem Minister und dem apostolischen Nuntius zu Paris angestaut worden seien. — Es verlautet auch von einer neuen preussischen Note in Sachen der hannoverschen Emigranten. Diese Note habe Herr von Moustier dem Kaiser vorgelegt.  
 — Die Anwesenheit des Prinzen Napoleon in Konstantinopel soll, nach der „France“, die Veranlassung eines wichtigen Ereignisses geworden sein. Es wäre dies die Verlobung Mustafa Pascha's, des bekannten Chefs der „Jungtürken“, mit dem Großvezier Ali Pascha und dem Sultan. Die „Patrie“ berichtet, daß der Sultan damit umgehe, seine Staaten mit einer wählbaren Kammer zu beglücken, und daß der Staatsrath bereits Auftrag erhielt, deren Organisation zu studiren. Wir wünschen der Partei, daß sie keine Kammernmajorität wie die französische bekomme.  
 — Die Nachrichten aus Spanien sind sehr spärlich. Den telegraphischen Verkehr hat die Regierung in der Hand und diese bezieht sich natürlich nicht mit der Verbreitung unglücklicher oder aufregender Nachrichten, woraus freilich noch nicht geschlossen werden kann, daß es jedenfalls solche geben müsse. Es ist immerhin möglich, daß die Regierung den drohenden Streich zeitig genug und mit Erfolg parirt hat. Ueber die verhafteten Generale sagt ein Pariser Korrespondent der „Köln. Zig.“: „Sie gehören größtentheils zu der ehemaligen Partei O'Donnell's, sind jedoch der Königin bisher sehr ergeben gewesen. Dulce ist einer der Hauptleute der Vicarvaristen; er war beim Staatsstreich von 1856 der rechte Arm des Marjchalls O'Donnell und leitete jenen fast ganz allein. De la Torre (Cerrano) gehört zur nämlichen Partei. Derselbe hand bisher ganz gut mit dem Hofe; aber es scheint, daß er, als er General-Capitän von Sevilla war, in zu intime Beziehungen zum Herzoge von Montpensier getreten war, der, wie die letzten Nachrichten melden, Befehl erhalten hat, Spanien zu verlassen. Zabala ist auch Vicarvarist; er war unter O'Donnell Kriegsminister und bombardirt damals als solcher Valencia. Cordova gehört mehr zur liberalen Union, während Lerona der Mann Prim's ist, bei dessen Pronunciamentos er sich mehr oder weniger betheiligte.“ Die eigentlichen Urheber der mißglückten Revolution sind nach der „Franz. Corr.“ die Mitglieder der „Union Liberal“, denen sich mehrere Chefs der emigrierten Demokraten-Partei, sowie einige ehemalige Carlistenführer an-

geschlossen hatten. Der Streich gegen die Verwichorenen wurde vom eigentlichen Chef des jetzigen Ministeriums, Gonzalez Bravo, geführt. Zugleich bekräftigt die „Franz. Corr.“ die bereits erwähnte Nachricht, daß die Denunciation von Paris kam, wo man verhindern wollte, daß eventuell in dem Herzog von Montpensier ein Prinz des Hauses Orleans auf den Thron komme oder Regent werde.  
 Der Meldung, daß auch die portugiesische Regierung in ähnlicher Weise wie die spanische bedroht sei, ist telegraphisch widersprochen worden. Bemerkenswert ist jedoch, daß der Graf Peniche, der bereits als fünftiger Ministerpräsident genannt wurde, kurz vorher wegen revolutionärer Antriebe in Folge eines Beschlusses der Pairskammer in Anklagezustand versetzt war und dann über Hals und Kopf vom König amnestirt wurde. Der König Dom Luis hat ferner seine Gevillie um 30 Contos (166 666 Francs) und die Abgeordnetenkammer ihre Diäten um 10 Percent und ihre Retribuziße um die Hälfte herabgesetzt, denn die Finanznoth ist in Portugal groß.

**Aus dem Reichstage.**  
 Pest, 10. Juli. (Unterhaus-Sitzung, Nachtrag.) Nach der Erwähnung der heutigen Unterhaus-Sitzung zeigte der den Vorsitz führende Vizepräsident Somfisch an, daß der zum Sectionsrathe ernannte Abgeordnete Jungszy Jerdabely sein Mandat niedergelegt hat und wird demzufolge der betreffende Wahlbezirk zur Vornahme einer Neuwahl angewiesen werden.

Die in unserm vorläufigen Bericht (S. Nr. 165 vom 13. Juli) erwähnte Interpellation des Abg. Mathäus Papp an den Finanzminister lautet: Wie kommt es, daß Siebenbürgen trotz der Erhöhung des Grundentlastungszuschlages von 7 fl. 60 kr. auf 9 fl. die zu den Grundentlastungszahlungen erforderlichen Summen nicht aufbringen kann, was doch bisher nicht der Fall war; weshalb sind ferner die Anweisungen zu den Grundentlastungszahlungen ins Stocken geraten; bezieht endlich der Minister von dem eigenthümlichen Verhältnisse Kenntniß, daß im Siebenbürgen viele Grundbesitzer die Liegenschaften, die von den ihren dienstbaren Leuten benützt wurden, zu Anfang der fünfziger Jahre als Urbarialitäten angemeldet, die auf dieselben einfallenden Entschädigungssummen erhoben, dann aber, gestützt auf das Grundentlastungspatent, jene Liegenschaften im Prozeßwege als haereditas siculica von den betreffenden Leuten zurückgenommen und die erhobenen Entschädigungssummen noch nicht zurückgezahlt haben?  
 Finanzminister Lonyay erwiderte, daß zwei Punkte der Interpellation an den Minister des Innern und an den Justizminister zu richten gewesen wären, indem die Verwaltung der Grundentlastungsfunde zum Ministerium des Innern, die Rechtsfrage der haereditas siculica aber zum Ressort des Justizministers gehört. Was die Frage über die Unfähigkeit Siebenbürgens, seine Grundentlastungserfordernisse zu decken, gehe den Finanzminister an und diese wolle er sofort beantworten. Siebenbürgen ist in der That nicht im Stande, seine Grundentlastungsbedürfnisse zu decken und müßte zu diesem Zwecke in das heutige Budget ein diesbezüglicher Voranschlag von 1,600,000 fl. zur Deckung des Abganges aufgenommen werden. Dies verhält sich jedoch, obgleich der interpellirende Abgeordnete hievon nicht unterrichtet zu sein scheint, auch früher nicht anders, denn der Gesamtvoranschlag, der für den siebenbürgischen Grundentlastungsfund nach und nach stiftig gemacht werden mußte, beläuft sich bereits auf sieben Millionen. Schließlich wiederholte Lonyay die Bitte, die obige Interpellation den Ministern für Inneres und Justiz zugumitteln. — Das Haus erhob diesen Antrag zum Beschluß.

Pest, 11. Juli. In der heutigen Sitzung des Abgeordneten-Hauses wurden die neugewählten Schriftführer-Stellvertreter Alexander Bujanowics und Andreas Pajz vorgestellt und in ihr Amt eingesetzt.

Es sollte nun die entgeltliche Abstimmung über die Haussteuer folgen, doch der Finanzminister beantragte nach dem §. 12 des Gesetzes über die Haussteuer die Einfügung der folgenden zwei Paragraphen:  
 §. 13. Die bisherige Regel, wonach bei der Bemessung der Gebühren der Werth der der Hauszinssteuer unterworfenen Immobilien nicht kleiner angenommen werden kann, als im hundertfachen Betrage der Hauszinssteuer, wird dahin abgeändert, daß bei den der Haussteuer unterworfenen Immobilien in Pest der fünfzigfache, in anderen Städten der sechzigfache Betrag der Staatssteuer und des Grundentlastungszuschlages zusammen als Minimalwerth zu betrachten sei.  
 §. 14. Bei den der Hauszinssteuer unterworfenen Gebäuden dient das Ausmaß der Steuer nur in jenen Fällen als Grundlage der Bestimmung des Werthes der Gebäude, welche im §. 5 des Gesetzesartikels von 1868 über die Gebühren erwähnt werden und in solchen Fällen entspricht der Werth dem sechzigfachen Betrage der Hauszinssteuer, außer den Grundentlastungszuschlag eingerechnet.  
 Die Verhandlung über diese neuen Paragraphen wurde auf Montag vertagt.  
 Wilh. Dapfy reichte eine Petition der Stadt Nimazombat ein, in welcher dieselbe sich gegen die von Madarasz gegebene Charakterisirung ihrer Forderungen verwarf. Esanaby, Csiky und Ernst Simonyi sind für die Zurückweisung der Petition, während Bonis für Zuerweisung derselben an die Petitionskommission ist. Die Petition wird an die Petitionskommission zugewiesen.  
 Es folgte nun die allgemeine Verhandlung über die Personal-Erwerbssteuer, in Betreff welcher der aus drei Punkten bestehende Gesetzentwurf auch foglich als Grundlage einer Spezialdebatte angenommen wurde.  
 Die Spezialdebatte leitete außer einem Spezialvotum des Central-Ausschusses über den ersten Punkt, in welchem derselbe in Aussicht stellt, daß der Finanzminister schon in dem Budget für 1869 in den Theilen

Siebenbürgen mit Abschaffung des gegenwärtigen Hauptsteuerjahres, die in den übrigen Theilen Ungarns bestehende gegenwärtige Personal-Grwerbsteuer einführen wird, — Joseph Hofsu mit einem Amendement ein, in welchem er den Steuerjahr für Siebenbürgen nicht nur als den ungeredesten, sondern auch als den unverhältnismäßigsten bezeichnet, und behauptet, es würde in Siebenbürgen dieser Steuerjahr noch immer um 30% höher zu stehen kommen als in Ungarn. — Johann Gal widerspricht dem, wird jedoch von Alex. Csiky und Ludw. Pap zurückgewiesen, und es wird vom letzteren mit dem Ansuchen der Einkommensteuer auch die Herabminderung dieses Steuerjahres in Aussicht gestellt; — Ludw. Tija will dies vom Anfang des Jahres 1869 ausgeprochen haben — Verzenzenz betont auch die fürchterliche Besteuerung Siebenbürgens, welche vom Jahre 1848 an von 3 Millionen auf 13 Millionen sich erhöht habe. — Gajzágó sagt, er werde sich immer für den Centralauschuss aussprechen, denn nur die Ansicht dieses Gremiums biete für die Zukunft eine Verühigung. — Es sprachen noch Ludw. Tija, Math. Papp, Babes und Mannicher, worauf Minister Lönyay sich dahin aussprach, es sei in Siebenbürgen die Kopfsteuer viel höher als in Ungarn. Er sei daher für die Annahme des Vorwurfs der Centralcommission. Er hoffe schon im kommenden Jahre einen neuen Gesetzesvorschlag vorlegen zu können.

Nachdem Jos. Hofsu als Antragsteller noch einmal gesprochen, wurde der bezügliche Paragraph und die beiden folgenden mit großer Majorität angenommen.

Die Verhandlung über die Repartition, Einzählung, Sicherstellung und Eintreibung der allgemeinen Steuern und der Errichtung der Finanzgerichte begann mit einem Antrag Koloman Tija's, in welchem dieser erklärt, daß er den Gesetzentwurf in seiner gegenwärtigen Fassung für sehr schlecht halte; und zwar vor Allem darum, weil nach dem Entwurfe die Eintreibung aller Steuerarten auf die fiktivste Weise, nämlich durch die Finanzorgane geschieht, während man doch streben müsse, die Eintreibung auf eine Weise zu bewerkstelligen, durch welche der größte Theil der Steuern auf Staatszwecke, und nicht zur Befriedigung der Finanzorgane verwendet werden könne; der Gesetzentwurf sei ferner auch darum sehr schlecht zu nennen, weil er unüberwinderlich mit den Rechten der Municipal-Autonomie in Konflikt geräth, indem er die Municipien und deren Beamten in allen auf die Steuern Bezug habenden Fragen den Organen des Finanzministers unterordnet; besonders ininteressant sei aber die Bestimmung, daß alle Schwierigkeiten, die sich bezüglich der Einkommensteuer zwischen den Steuerträgern und der Repartitionskommission ergeben, von einer aus Finanzorganen bestehenden Kommission erledigt werden sollen; dies laufe offenbar dem Konstitutionalismus zuwider und sei außerdem widersinnig, da ja auf solche Weise die Finanzbehörde Kläger und Richter, Richter in der eigenen Sache sei! Nach Alledem findet Redner, daß es unmöglich sei, den Gesetzentwurf bei so gewaltigen Mängeln derart umzuändern, daß er — wenn auch nur provisorisch — schon heuer in Wirksamkeit treten könne. Er — Redner — empfiehlt deshalb, das Haus möge aussprechen, daß es für das nächste Jahr bei der Schaffung eines diesbezüglichen Gesetzes ganz andere Prinzipien befolgen werde, und daß es den vorliegenden Gesetzentwurf nur darum als Grundlage der Generaldebatte acceptire, weil ein Gesetz zur Regelung des Steuerwesens auch heuer schon notwendig sei, und man den unterbreiteten Entwurf nicht mehr so verändern könne, wie er es erfordert. Redner verlangt also, das Haus solle förmlich beschließen, daß es, da man in Bezug auf alle, das Steuerwesen betreffenden Fragen ohne Säumen eine Entscheidung treffen müsse, da es wegen der Kürze der Zeit unmöglich sei, diesbezüglich schon in diesem Jahre gründliche Reformen einzuführen, und da endlich eine radikale Reform dieser Angelegenheit im engsten Zusammenhange mit der Lösung der Frage des Municipalsystems stehe: den Gesetzentwurf als bloß auf das Jahr 1868 lautend zur Basis der Spezialdebatte annehme; und daß das Haus zugleich das Ministerium anfordere, noch im Laufe dieses Jahres einen Gesetzentwurf über Steuerreform auszuarbeiten, Eintreibung, Einzählung, über Entscheidung von Reklamationen und Bestrafung von Ausschreitungen einzubringen, welcher Gesetzentwurf, nach den Prinzipien des Konstitutionalismus, mit möglichstster Schonung der municipalen Autonomie abgefaßt sein und solche Bestimmungen treffen möge, daß hiedurch die fiktivste Verwendung der Finanzorgane bei Eintreibung der direkten Steuern ganz vermieden, und ihre Wirksamkeit bei den indirekten Abgaben möglichst vollständig gestärkt werde; überhaupt müsse man bei der Abfassung eines neuen Gesetzentwurfes die Nothwendigkeit stets vor Augen haben, die Finanzorgane so viel möglich durch Municipalbeamte zu ersetzen, und die Landesbürger in freistigen, auf die Steuern bezüglichen Fragen den ordentlichen Gerichten überlassen nicht zu entziehen. Wegfall der Finanzgerichte und Ersparrung durch thunlichste Entbehrung der Finanzorgane seien die Gesichtspunkte, nach welchen ein Gesetzentwurf über die Steuern, soll er anders befriedigend, abgefaßt sein müsse.

Minister Lönyay. Gehehrtes Haus! Nachdem der g. Herr Repräsentant der Stadt Debreczin sich es vorbehalten, bei der Verhandlung der einzelnen Abschnitte gegen seinen Entwurf, welchen ich das Vergnügen hatte vorzulegen, und welchen er für unendlich schlecht erklärt, seine Einwände zu unterbreiten, so will ich mich in die Details, da er dieselben in der Spezialdebatte ohnedies noch zur Sprache bringen wird, nicht einlassen, und wünsche nur wenige Worte betreffs des durch ihn eingereichten Entwurfes zu sprechen.

Ich gehe zu, daß ich unter den vielen vorgelegten, „in Hinblick“ — denn so beginnt jedes der Motive — meinerseits für das nachdrücklichste und gewichtigste jenes Motive, demzufolge es bei Ordnung der Jurisdiktionen zur Sprache kommen und jene Frage durch die Legislative entschieden werde, auf welche Art die Eintreibung der Kommunalsteuern, bei dem Bestande autonomer Jurisdiktionen, am zweckmäßigsten bewerkstelligt werden könne.

Dieses eine „in Hinblick“ wird also auch meinerseits acceptirt und gutgeheißen, doch folgt daraus nicht das, was in seinem Entwurfe enthalten ist: daß nämlich Gesetzentwürfe, über welche auch noch gegenwärtig debattirt wird, im Falle ihrer Acceptirung und Sanctionirung insoweit in Gültigkeit verbleiben sollen, bis alle jene Punkte, deren in seinem Entwurfe Erwähnung gethan wird, im Wege der Gesetzgebung zu ihrer naturgemäßen Lösung gelangt sind.

Von diesem Gesichtspunkte aus kann ich jenem Antrag, demzufolge das die Steuerereintreibung betreffende Gesetz bloß auf einige Monate beschränkt werde, nicht beitreten.

Koloman Tija als Antragsteller drückt zuerst seine Verwunderung darüber aus, daß der Minister von seinen (Tija's) „in Anbetracht“ nur eines berücksichtigenswerthen findet, nämlich daß es nöthig sei, auch wegen Eintreibung der vorerwähnten Steuern Verfügungen zu treffen, so daß er also die anderen überflüssig findet (Lönyay: ich habe das nicht gesagt: ich halte jenes Amendement für überflüssig) — was ihn, den Redner, Wunder nimmt. Der Minister habe auch gesagt, diese Verfügungen zu treffen, werde an der Zeit sein, wenn die Municipien regulirt sind. Allein dann werden wir wieder den Entwurf zu hören bekommen, daß dies nicht so nebenher mit der Komitatsregulirung geschehen könne. Redner glaubt daher, man dürfe die Komitatsregulirung nicht abwarten, sondern solle, wie er beantragt hat, die Steuerereintreibungsgrundsätze mit Rücksicht auf die künftige Komitatsregulirung feststellen.

Es wurde nun die allgemeine Verhandlung abgeschlossen, und bei der Abstimmung sprach sich eine große Majorität für die Annahme des Gesetzentwurfes zur Grundlage der Spezialdebatte aus.

Die Spezialdebatte wurde noch bis zu dem §. 18 fortgesetzt und

wurden bis hieher alle vorhergehenden Paragraphen trotz der verschiedenen Amendements unverändert angenommen, worauf die Verhandlung abgeschlossen wurde.

Das Abgeordnetenhaus hat zu wiederholten Malen, insbesondere auch in seiner gestrigen Sitzung seinen Willen dahin kundgegeben, daß es seine Beratungen fortzusetzen und die ihm vorliegenden wichtigen und dringenden Fragen zu erledigen gedenke; das Präsidium erachtet es daher als seine Pflicht, an alle jene Herren Abgeordneten, die ohne Erlaubniß abwesend sind, die amtliche Anforderung zu richten, daß sie auf ihre Abgeordnetenposten ebemöglichst zurückkehren und ihren übernommenen Verpflichtungen obliegen mögen.

Peft, 11. Juli 1868.

Das Präsidium des Abgeordnetenhauses.

Z u l a n d.

Klausenburg, 13. Juli. (Orig.-Corr.) Auf den 14. d. hat der Kolosvari Kör seine Mitglieder zu einer Constatante zusammenberufen. Der Beitritt zu diesem neuen Verein, welcher erstere Zwecke anstrebt, als das der geistlichen Unterhaltung des Adels dienbare Herren-Casino und die Bürger-Resourde, die aus Mangel besuchender Ideen seit längerer Zeit ein kümmerliches Dasein fristet, ist ein sehr zahlreicher; so daß die Gründe der ziemliche Hoffnungen für das Gelingen der Sache zeigen. Der Redner ist allerdings etwas weit, weil man eben ohne Rücksicht auf politische Parteilichkeit die Intelligenz zu einer vereinten Thätigkeit für geistigen Fortschritt zusammenfassen will. Darum sind auch Namen wie Papp Miklós, Redacteur des „M. P.“ und Sámí Kápló, der idealistische reformirte Professor, dem in der Theorie halolokal nur eine Halbheit scheint der aber in der Praxis oft den Sieg der Rechten wünschen muß, neben reinen und verkäuflichen Drakisten in den Listen anzutreffen. Ob das Unternehmen indes wirklich reifen wird, vermag ich nicht vorherzusagen. Bei dem rasch empfindlichen und minder ausdauernden Wesen unserer ungarischen Wähler erzieht sich bei der Berechnung.

Weder der Samilag „Közlöny“, noch die geistige „Unio“ vertragen etwas davon, daß letztere eingehen und ihr Redacteur die Leitung des „Kol. Közl.“ übernehmen soll. Und doch glaube ich, wir werden in den nächsten Tagen schon dieses mehrmals denotirte Arrangement sich vollziehen sehen. Siderlich wird der „Kol. Közl.“ officios und der Hauptverth, der hiedurch dem Blatte erwächst, nämlich die Verfügung über geordnete und zusammenhängende amtliche Quellen wird ihm nicht entgehen. — Unsere Bemerkungen, die wir bei einem früheren Austausch dieser Nachricht daran knüpften, sind somit nur etwas zeitig gekommen, aber dem Wesen nach ansprecht zutreffen.

Se. Excellenz der k. Kommissar dürfte am 1. August hier eintreffen. Bis jetzt hat er kein ausländisches Bad besucht, wie es bei seiner Abreise hieß.

Maros-Báráhely, 13. Juli. (Orig.-Corr.) Der gewesene Deputirte unserer Stadt, Herr Daniel Dózsá, der zum Beisitzer, beziehungsweise Vizepräsident der hiesigen k. Gerichtsstelle ernannt wurde, richtet anlässlich seiner hiedurch notwendig gewordenen Mandatsniederlegung im hiesigen „Szelet Közlöny“ an seine Wähler einen offenen Brief, in welchem er die Versicherung voraussetzt, daß die Verfassung ebensowenig wie seiner Zeit das Deputirtenmandat gesucht, sondern dieses wie jenes bios aus patriotischer Pflichterfüllung angenommen zu haben, die Gründe darlegt, welche ihn bewegen und noch jetzt bewegen, der Fühne des weiten Führers Dózsá zu folgen, seine Bemühungen um die Hebung des materiellen und geistigen Wohles der Stadt durch Beförderung einer Eisenbahn nach Maros-Báráhely und der Befassung des Amtes des k. Gerichtsrathes in dieser Stadt erwähnt und anzeigt, als eranntes Mitglied dieses Obergerichtes ein Vorläufer der neuen und großartigen Umgestaltung desselben zu sein. Dózsá empfiehlt sich schließlich in etwas schüchternen und unsicheren Ausdrücken der Wohlwogenheit seiner Wähler.

Wir müssen gestehen, daß der Appell in seiner Haltung den Eindruck macht, als wäre der Verfasser derselben, der übrigens bei anderen Anlässen Beweise publizistischer Gewandtheit gegeben, in einer von dem Mangel an Verantwortlichkeit beeinflussten Stimmung befangen gewesen, als er seinen offenen Brief schrieb. — Der Schlüssel zu diesem auffallenden Mangel an Verantwortlichkeit angeht die bevorstehende Neuwahl ist leicht gefunden, wenn man die hier immer größeres Terrain gewinnende Strömung in nuchterne Erwägung zieht. — Wir wollen es versuchen, diese bedauerliche Strömung so kurz wie möglich zu kennzeichnen. Die Anforderungen eines je r großen Theiles der hiesigen Bevölkerung sind bis über das Utopische hinaus erorbitant. — Würde z. B. die konstitutionelle ungarische Regierung sagen: „Von heute an zahlst ihr keinerlei Steuern, sondern jeder von Euch erhält aus Staatsmitteln jährlich tausend Gulden obendrein ausgezahlt.“ — so würden die Wähler vom erwähnten Schlage sich dennoch nicht zufrieden geben und fest und steif behaupten, jedem Gebühre für seine flammende Vaterlandsliebe jährlich mindestens zehntausend Gulden Auszahlung und man könne die spärlichsten eintausend Gulden nur unter ausdrücklicher Verwahrung gegen eine neuere Verkürzung von jährlich neuntausend Gulden ohne konstitutionelle Stempel annehmen.

Nun aber selbst konstitutionelle Regierungen unserer Volksbeglückten aus dem Staatsfädel nicht nur nichts schenken können, sondern auch die Verwaltung nicht im Gange zu erhalten vermögen ohne Steuern, so wird der Regierung antidemokratische Gemüthung ausdiputirt.

Zu diesen materiellen Momenten gesellen sich noch politische Einflüsse verschiedenartiger Art. Man will es hier von linker Seite dem Ministerium und implizite der Deapartei nicht verzeihen, weil es bisher unterlassen wurde, die Union pure et simple durchzuführen. — Außerdem ist von unzufriedener Seite dafür gefordert, daß die Exter ihre politische Weisheit nach Möglichkeit aus den unmittelbaren Quellen der Wählerischen „Mép Zajtója“ schöpfen. — Nur so konnte es kommen, daß die Regierung, während sie am grünen Tische des Municipiums die Majorität für sich hatte, bei der jüngsten Deputirtenwahl in Folge der Erwählung des redseligen Verzenzenz in der Minorität blieb. — Unter den gegebenen Verhältnissen kann bei der nächsten Wahl derselbe Fall sehr leicht wieder eintreten.

Zwischen der hiesigen Stadt und dem Militär-Aerare dürfte es sehr leicht zu einer Streitfrage kommen. Das hiesige Castell wird nämlich als eine Art „Festung“ betrachtet und in diesem Sinne wird das Bauwerk innerhalb eines bestimmten Rayons um das Castell herum aufrecht erhalten. So wurde unlängst der innerhalb dieses Rayons in Angriff genommene Bau eines Wirthshausgeschäftsinhabers vom Schloßkommando inhibirt. — Abgesehen davon, daß sich die hiesige sogenannte „Festung“ im Nothfalle keine fünf Minuten halten könnte, weil sie nicht nur von der Trebel-Höhe und von den Friedrichsberg, sondern auch von der Szent-Miklós-Gasse aus dominirt und beschieden werden kann, behauptet die hiesige Bürgerschaft, daß das Castell Eigenthum der Stadt sei und daß die Dokumente, welche dieses Eigenthumsrecht erweisen, in der Sachjense Epoche vom Kreisamte unter Verhinderung der Stadtbehörden in die Hände des hiesigen Stadtpreäsidenten eine Beschwerte an das k. ungarische Ministerium gerichtet.

Zu unserer Komunitäts-Sitzung vom 30. v. M. setzte es bei der Wahl eines städtischen Perceptors wegen der freien Meinungsäußerung eine heftige und skandalöse Scene ab. Man lärmte, tobte, ja drohte sogar mit den Fäusten in einer Weise, daß sich der vorstehende Bericht gezwungen sah, den Hut aufzusetzen und die Sitzung

aufzulösen, um eine Prügelei unter den Stadtvätern zu verhüten. — Mit Recht knüpft das „Sz. Közlöny“ an diesen wüthen Auftritt die Bemerkung: „Eine Körperschaft, welche die Meinungsäußerungen einzelner Mitglieder nicht dulden will und etwaige unrichtige Worte nicht im Wege der Hausgehege zur Ordnung weist, verlegt nur ihre eigene Würde.“

Die hiesige Stadtpreidentenz hat unter Vorbehalt höherer Genehmigung fünfzig Aktien der hier zu errichtenden Svatkafa angekauft.

Peft, 11. Juli. Die Forderung der Wehrcemission, daß die aus Ungarn entnommenen Artilleristen eine selbstständige nationale Artillerie bilden sollen, war die Ursache einer Differenz mit dem Reichs-Kriegsminister; doch hofft man heute die Differenz friedlich zu begleichen. Die General-Commission begann gestern die liberale Modification des Jucolats-Gesetzes. Peft, 11. Juli. Der Ministerrath faßte den Beschluß, wernach sein Staatsbeamter künftig mehr Mitglied eines Verwaltungsraths bei solchen Gesellschaften sein dürfe, welche zum Staate in einem mit Kosten verbundenen Verhältnisse stehen und deren Interessen mit jenen des Staats eventuell kollidiren können.

Peft, 11. Juli. Ein hiesiger Bürger, welcher in Wien nach österreichischen Gesetzen eine Civilehe eingehen will, wendete sich an das hiesige Ministerium um diesfällige Bewilligung; dieses entschied, der Fall bilde keinen Gegenstand der ministeriellen Kompetenz und verwies denselben an den Magistrat. Dieser hat dahin Entscheidung getroffen, daß nach ungarischen Landesgesetzen zum Abschließen sein besonderer Konsens erforderlich sei.

Wien, 8. Juli. Von der Hufeier in Prag wird nachträglich berichtet:

„Die Menschenmenge, welche Sonntag Abends um 9 Uhr am Bechtelensplatz und in dessen Umgebung sich versammelt hatte, wird von kompetenter Seite auf 7000 bis 8000 Personen geschätzt. Wenige Minuten vor 9 Uhr hatte sich Jemand den Spas gemacht und gerufen: „Husari jodou!“ (Husaren kommen.) Dieser Ruf, welcher alsbald von Hunderten wiederholt wurde, richtete eine heillose Verwirrung an. Es entstand ein ungeheures Geschrei und wildes Lärmen, wobei mehrere Personen, namentlich Frauenzimmer und Kinder, umgeworfen wurden. Der Herr Bürgermeister Dr. Klaudy war mit mehreren städtischen Polizeibeamten anwesend; zum Auseinandergehen wurde die Volksmenge indes nicht aufgefordert. Lebrigens wurde, wie man vernimmt, aus Anlaß der vorgestrigen Demonstration von Seite der k. k. Polizei-Direktion die Untersuchung wegen un-erlaubten Aufzuges eingeleitet. — In Panitzsch kamen unter Führung des Sprachlehrers Louis Schmidt, desselben, der in dem Prozesse wegen der Jänner Greffe eine Rolle spielte, etwa zehn Männer und eben so viel Frauenpersonen, und bekränzten dort die Johannes-Statue. Vom k. k. Polizei-Commissar Herrn Ploch aufgefordert, sich jeder Demonstration zu enthalten und sich zu entfernen, verweigerten sie ein stilles Gehen und zehrten unter Rufen: „Slava Hus!“ „Nieder mit dem Papstthum und den Jesuiten!“ in die Stadt zurück. Die Kränze wurden noch an demselben Abend von der Statue entfernt; des andern Morgens waren dieselben indes wieder durch andere ersetzt, auch war ein Placat an der Statue aufgelegt, auf welchem die Worte standen: „Slava dem Magistrat Hus, Berat den Jesuiten!“

Wien, 9. Juli. Die Großfürstin Alexandra Josefovna (nicht Helene, wie irrthümlich gemeldet wurde) wird, dem Vernehmen nach, bis Sonntag in Schönbrunn verweilen. — Der König von Preußen trifft, der „Allg. Ztg.“ zufolge, heute in Bad Gas ein. — Graf Bismarck wird vom 20. Juli ab auf drei Wochen das Dinstbad zu Rüggenwaldermünde besuchen. — Der bekannte und verdiente Geschichtschreiber Eugen Deim zu Frankfurt am Main ist wegen Vertheuerung in eine Irrenanstalt gebracht worden.

Wien, 11. Juli. Die Frau Großfürstin Konstantin ist, wie bereits gemeldet, am 8. d. hier eingetroffen. Im Gefolge der Großfürstin befinden sich außer ihren beiden Söhnen Nikolaus und Wladislaw ungefähr 70 Personen. Der Zweck ihrer Reise ist zunächst, einige Tage bei ihrer Schwester, der Königin von Hannover, zu verweilen und sodann nach Athen zum Besuche ihrer Tochter, der Königin von Griechenland, zu reisen. Im Gegendort Bahnhofs wurde die Großfürstin bei ihrer Ankunft von dem Kaiser und dem Könige und dem Kronprinzen von Hannover empfangen. Auf der Freitrepp des Schönbrunner Schloßes erwarteten den hohen Gast Erzherzogin Sophie und Erzherzog Franz Karl, die Königin und die Prinzessinnen von Hannover. Um 4 Uhr war Familienfeier bei der Königin Marie im Schloß. Abends machten die hannoverschen Prinzessinnen und die jungen russischen Großfürsten einen Ausflug in die Umgegend in einem, von dem Kronprinzen von Hannover geführten Vier-spänner. Vorgeföhrt war bei Sr. Majestät dem Kaiser in Schönbrunn Familienfeier, an welcher auch die hannoversche Königsfamilie theilnahm. Oben fand ein Diner von 25 Couverts am hannoverschen Hofe in Hiesing statt, und heute ist kaiserliche Galafest.

Wien, 11. Juli. Dem Vernehmen nach soll die Finanzverwaltung beabsichtigen, in den nächsten Tagen schon den Zinsfuß der Hypothekar-Anweisungen um je 1/2 Percent für die bestehenden Kategorien herabzusetzen, d. i. die sechsmonatlichen von 5 Percent auf 4 1/2 Percent und die viermonatlichen von 4 1/2 Percent auf 4 Percent pro anno. Jedemfalls ein erfreuliches Zeichen des erstarkten Staatskredits und des wieder-gekehrten Selbstvertrauens.

Wien, 12. Juli. Die „W. Ztg.“ veröffentlicht das Gesetz vom 8. Juli 1868 wegen theilweiser Abänderung der Verordnung vom 18. October 1865 in Betreff der Brauweinbesteuerung, sammt einem Erlaß des Finanzministeriums vom 10. Juli 1868 womit bestimmt wird, daß dasselbe mit 1. August in Wirksamkeit zu treten hat.

Wien, 12. Juli. Bei der am 6. Juli l. J. im großen Börse-Saale stattgefundenen Wahlbesprechung wurde Sr. Excellenz der k. k. Minister des Innern Dr. Karl Giskra, als Candidat für die am 13. d. M. stattfindende Wahl eines Landtagsabgeordneten in Vorschlag gebracht und dieser Vorschlag von der Wählerversammlung auch mit Acclamation angenommen.

Prag, 11. Juli. Der Schneidermeister und Redacteur der Zeitschrift „Pravda“ Esteril wurde wegen des Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe zu zweimonatlichem Kerker und Barack, der Hauptmitarbeiter dieses Blattes, wegen desselben Verbrechens zu 5monatlichem schwerem Kerker verurtheilt.

Prag, 11. Juli. Das Ober-Landesgericht hat das erstinständliche Urtheil gegen Redacteur der Narodni Visty, Göbl (8 Monate schweren, mit Haft verbundenen Kerkers und zweimonatlichem Gekerkn Cautionsverlust), bestätigt. Die Stadtvertretung von Budweis hat gestern dem Ministerium aus Anlaß der päpstlichen Allocation eine Vertrauens-Adresse votirt.

Zwittau, 11. Juli. Die Gemeindevorstellung von Zwittau beschloß aus Anlaß der päpstlichen Allocation, dem Gesamt-Ministerium eine Vertrauens-Adresse zu votiren.

Leuberg, 11. Juli, halb 11 Uhr Nachts. Der päpstliche Nuntius Monsignor Falconelli ist soeben hier angekommen und beim Erzbischof Litwinowiz abgestiegen.

Die griechisch-katholische erzbischöfliche Residenz und die Metropolitan-sitze sind prachtvoll illumirt. Viele Zuschauer haben sich vor den erzbischöflichen Palaß eingefunden.

Triest, 7. Juli. (Schrengeschent für Legethhoff.) Gestern wurde dem Herrn Viceadmiral v. Legethhoff das Schrengeschent überreicht, welches eine große Anzahl Bewohner unserer Stadt demselben zur Erinnerung an den Sieg bei Lissa gewidmet. Der Präsident des betreffenden Comite's, Herr Baron Konstantin v. Reyer, hielt dabei eine Ansprache an den Viceadmiral, welcher erwiderte: Im Namen der Marine, der das Hauptverdienst geköhre, nicht aber seinen persönlichen Leistungen, nehme er

mirhin die werthe sie mit erneuerten Stadt, an welche Triest, ein lärmender Pals wurde abge Pro Nono! Exvis paziner, welche an wurden vorgenommen ein. Heute ist

Paris, 11. Juli. In der bei Budget des Min eine Reform der in die Trennung gegen die officie saut: Die Regier Wiederherstellung der fortschreitende neue und große

In Beantw nächsten Wahlen Souverains; er Die Abstim wird auf Monte Liffaben die Garantie an London, die Abschaffung b

gypten und Lord Stanley an jedoch die nam überhaupt von bevor.

Konstantin einen Ausflug n nach Griechenland Der Sohn ewigten Sultans Jassiy, b a b a.) Man über demagogische erheit, einzuente verschiedene Präs den Primarien (sich einer so groß rationen und jens soage hatten. R

Beitraglicher Pri von der Regierung den anderen Städ den. Es ist mög den Wahlen zum rben, aus denen welche auf die W die Gegner Bras kann sich zu diese prozeß ruhig von Regierung zur W machen die aug

Miene, einen Zu nur Mitternacht Ruhe ist jetzt wi blaues Auge da keine Rubestörung Man erwa

beim in Sachen der neue Stat mebe ab. Die s allgemein, daß s seiner Privatasse zu zweifeln, zu S und nur dadurch geöhnt werden.

Belgra Struentein, sind einige neue Verb und zwar sammt Der fürste zehn Bogon stat ein neu's Licht eine neue Schlus stfinden. Die gung der Grefen

Die Viecht guten Eindruck be Politik in jenen zeichnen. Eine s wenn es keinen p präpenderant we geltend machen in dem Lande große auswärige Polit öffentliche Meinung

Der Berat worden sein und mit dem Invesit Berat im Hofe v Ceremonie veranft Von Beräm mit Ausnahme d seine Bewzungen erthelt einen auf er dazu bemüht,



